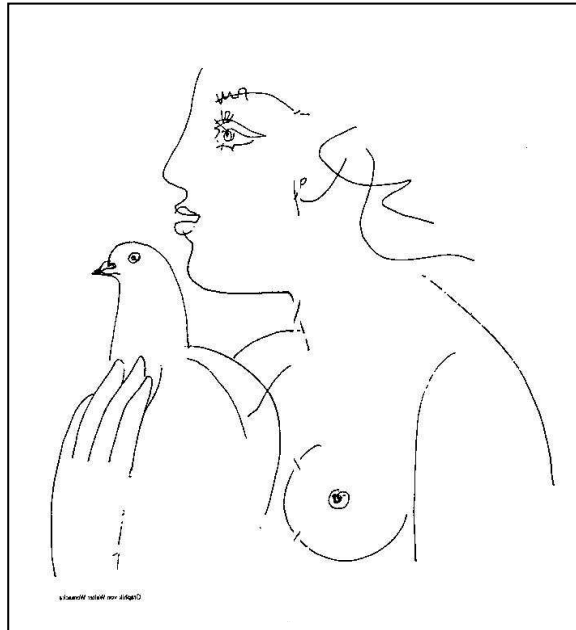


# Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 113



## Was habt ihr dem arabischen Frühling in Libyen und Syrien angetan!?

(Kasseler Friedensratschlag am 1. Dezember 2012)

## Exilregierung gebildet

(Junge Welt vom 20.03.2013 )

## Offene Drohung mit Intervention

(Junge Welt vom 22.03.2013 )

## Schlagabtausch

(Junge Welt vom 22.03..2013 )

## Krieg und Hilfe

(Junge Welt vom 08.04.2013 )

*Texte von Karin Leukefeld*

## **Was habt ihr dem arabischen Frühling in Libyen und Syrien angetan!?**

Ein schwieriges Thema wurde mir da aufgegeben. Wen soll man anklagen, wen zur Rechenschaft ziehen für die Zerstörung von zwei intakten Staaten und ihrer Gesellschaften, deren politische Strukturen dringend verändert werden mussten? Gab es einen „arabischen Frühling“ in Libyen und Syrien? Wer waren die Demonstranten und was wollten sie? Wer trägt die Verantwortung für die Gewalt und das Morden, mit dem jeder friedliche Protest gestoppt wurde? Wem nutzt es und wer sind die Akteure?

Zur Erinnerung möchte ich Euch und Sie noch einmal mitnehmen auf den Tahrir Platz, in Kairo.

Es war der 11. Februar 2011. Wie jeden Morgen in den letzten zwei Wochen stand ich auf dem Tahrir Platz in Kairo. Der morgendliche Weg zu den Demonstranten war für meine Kollegin und mich zur Routine geworden. „Gehen wir in unsere Unterrichtsstunde“, meinte sie jeden Morgen nach dem Frühstück und wir zogen los. Vorbei an den Sicherheitskräften, die das Hotel umstellt hatten, vorbei an Arbeitern, die mit baumelnden Beinen herumsaßen und nichts zu tun hatten, über eine der Nilbrücken zogen wir auf den ‚Platz der Befreiung‘, wo wir – nach immer professioneller werdenden Kontrollen durch die Demonstranten – als ausländische Journalisten mit Applaus, Liedern und Trommeln begrüßt wurden.

Mit uns zogen meist viele Menschen auf den Platz. Manche mit Decken und Zelten, andere mit Nahrungsmitteln, viele trugen Wasserflaschen, andere waren mit einem Fotoapparat bewaffnet, um ihren historischen Besuch bei den „Revolutionären“ zu dokumentieren. Eltern kamen mit Tränen in den Augen, vor Freude und Respekt für ihre mutigen Kinder. Freunde kamen, um andere Freunde zu treffen. Nachbarn und Arbeitskollegen kamen, um Nachbarn und Arbeitskollegen zu unterstützen. Wir trafen Ärzte und Krankenschwestern, Anwälte und Rich-

ter, Architekten, Schriftsteller, Ingenieure, Arbeiter, Taxifahrer und Studierende – weite Teile der Gesellschaft waren vertreten.

Kairo war seit Tagen im Ausnahmezustand. Das Ausland hatte seine Touristen in einer dramatisch inszenierten Aktion evakuiert, der internationale Flughafen hatte seinen Betrieb eingestellt. Der Staat hatte – mit Hilfe von Handynetz- und Internetbetreibern – Internet und Handyverbindungen gekappt. Banken hatten ihre Arbeit eingestellt, Geschäfte und Tankstellen blieben geschlossen. Der irrsinnige Verkehr, der Tag und Nacht durch die Millionenmetropole braust, war eingestellt. Die Stadt, die Menschen warteten. Die einen mit Bangen, andere mit Ungeduld, viele voll Überzeugung, dass die Tage von „Pharao Mubarak“ bald gezählt seien.

Die Bilder der Märtyrer mit Namen und Todestag wurden an einer langen Leine aufgehängt. Jeder Aktivist, jeder Besucher des Tahrir Platzes ging dort vorbei, verharrte einige Zeit in Stille, dann wurden Fotos gemacht. Zu den muslimischen Gebetszeiten wurde gebetet, dann beugten sich Männer und Frauen – getrennt von einander – gen Mekka. Manche, um ihrer Pflicht Genüge zu tun, andere baten um Beistand für die Revolution. „Allah ist groß“, Allah wird uns beistehen“. Später kamen die Christen mit ihren Predigern, die auch ihre Gottesdienste feierten.

Die Menschen kamen sich näher während der langen Stunden und Tage auf dem Tahrir Platz. Sie verbanden sich gegenseitig ihre Wunden, verteilten und teilten Essen und Wasser, erzählten sich, woher sie kamen und warum sie für ein neues Ägypten kämpften. Witze wurden erzählt oder auf Plakate geschrieben. Forderungen wurden diskutiert, Pläne geschmiedet, wie das Ägypten der Zukunft gestaltet werden sollte. Lieder und Gedichte wurden vorgetragen, die große Bühne wurde zum Nachrichtenportal, internationale Medien übertrugen live und rund um die Uhr.

Nie reichte die Zeit auf dem Tahrir Platz, um alle Geschichten zu hören, die erzählt werden wollten. Um alle Verletzten zu se-

hen, um alle Fragen zu stellen, die sich über einem auftürmten. Der Redaktionsschluss drängte zum Rückweg, Zeitungen wollten beliefert, Sender im Interview informiert, Freunde mit den neuesten Nachrichten versorgt werden.

An diesem 11. Februar also erhielt ich per SMS die Nachricht eines Freundes aus Beirut. Nachdem wir einige knappe Informationen ausgetauscht hatten, schrieb er: „Die Revolution marschiert, ich bin stolz ein Araber zu sein“. Aufbruchstimmung herrschte, Zuversicht. Die Menschen in der Region waren geprägt von Vertrauen in ihre eigene Kraft, das Rad der Geschichte herumdrehen zu können. Die Angst, das Minderwertigkeitsgefühl waren vorbei. Tunesien hatte es vorgemacht, Ägypten stand auf der Schwelle, endlich bewegten sich die Menschen!

Während ich am späten Nachmittag meine Texte bearbeitete, flimmerte eine Eilmeldung über den Bildschirm. Hosni Mubarak sei zurückgetreten, die Armeeführung werde die Macht übernehmen. 18 Tage hatten Millionen Ägypter diesen Tag herbeigesehnt, fast 1000 Menschen hatten ihr Leben gelassen. Jubel brach über die Stadt herein. Während langsam die Abendsonne im Smog der Millionenstadt versank, tönnten Trommeln und Musik aus allen Ecken, hupende Autokonvois wälzten sich binnen Minuten durch die eben noch leeren Straßen, aus Fenstern und Autodächern wurden ägyptische Fahnen geschwenkt.

Am nächsten Tag wurde gefeiert. Kinder wurden mit der Nationalfahne, Blumen und Süßigkeiten auf Armeepanzer gehoben, stolz fotografiert von den Eltern. Wie ein jubelnder Vogelschwarm wogten die Menschenmassen über den Tahrir Platz, überall lachende Gesichter. Es folgte der Tag des Aufräumens, die Menschen kamen mit Besen und Schaufeln, manche malten die Fußwege neu an. Steine, die zur Selbstverteidigung aus dem Pflaster gerissen worden waren, wurden wieder eingebaut. „Entschuldigen Sie die Störung, wir bauen Ägypten neu auf“, stand auf einem Schild, dass junge Frauen sich umgebunden hatten.

Der Tyrann war gestürzt, die Revolution hatte gesiegt. Absolut gewaltfrei.

Nur um sich zu verteidigen hatten sie zu Stöcken und Steinen gegriffen, niemand ging mit einer Waffe gegen andere vor. Kein Geschäft wurde geplündert. Das einzige Gebäude, das in Flammen aufging, war die Zentrale der Nationalen Demokratischen Partei. Und – auch das ist sehr wichtig – immer hatten die Demonstranten ihre Bereitschaft zum Gespräch erklärt. Niemand aus ihren Reihen wurde als Verräter beschimpft.

*Al Jazeera und internationale Medien hatten geholfen.*

Al Jazeera, der Satellitennachrichtensender aus dem Emirat Katar – reichster Staat der Welt, Einwohnerzahl 300.000, Gastarbeiter 2 Millionen – hatte seit dem Afghanistankrieg einen kometenartigen Aufstieg hingelegt. Aus Ägypten hatte der Sender rund um die Uhr vom Tahrir Platz berichtet. Das Team war mehrmals verhaftet worden, schließlich hatten sie Zuflucht bei Anwohnern des Tahrir Platzes gefunden, deren Wohnung sie in ein Studio umfunktionierten. Zu jeder Tages- und Nachtzeit war Al Jazeera auf Sendung und zeigte die aktuellsten Bilder vom Tahrir Platz. Machte Interviews, strahlte gewaltsame Konfrontationen ebenso aus, wie die Feiern der Demonstranten. Der Sender informierte aber nicht nur, er agierte und ergriff Partei für die Revolution.

Die Armee hatte sich – wie in Tunesien – zurückgehalten.

Die Armee hatte die Demonstranten in Alexandria mit Wasser und Essen versorgt und sich in Kairo zwischen die wütenden Schläger von Geheim- und Sicherheitsdiensten und Demonstranten postiert. „Volk und Armee Hand in Hand“ hatten die Demonstranten gerufen, sie hatten es gemeinsam geschafft.

*Alles das hat es weder in Libyen noch in Syrien gegeben.*

*Eine Protestbewegung wie in Tunesien oder Ägypten gab in Libyen und Syrien nicht.*

## *Erinnern wir uns an Libyen*

Mitte Februar 2011, fast unmittelbar nach dem Rücktritt Mubarak wurde – von wem eigentlich? – über Internet und Facebook zum Sturz von Muammar Ghaddafi aufgerufen. Ausgangspunkt der Rebellion in Libyen war Bengasi im Osten des Landes. Schnell wurde zu den Waffen gegriffen. Ghaddafi, der zunächst Gespräche angeboten hatte, schlug zurück. Gotteskrieger übernahmen die Führung des Aufstandes gegen Ghaddafi, begleitet von internationalen Medien, die dokumentierten, wie dringend sie Waffen und Schutz bräuchten, um sich – tatsächlichen oder erfundenen – Angriffen Ghaddafis erwehren zu können.

Die Aufständischen wurden unterstützt von arabischen und europäischen Geheimdienstkräften. Medien sorgten für ein Szenario, vor dem schließlich der UN-Sicherheitsrat eine Resolution verabschiedete – Verantwortung zum Schutz (Responsibility to Protect) – die noch am gleichen Tag den Luftkrieg Frankreichs und Großbritanniens, dann der NATO zur Folge hatte. Die NATO bombte den Aufständischen den Weg nach Tripolis und in den Präsidentenpalast von Muammar Ghaddafi frei, Milizenverbände richteten Massaker an anders Farbigen und anders Denkenden an, darüber wurde nur selten berichtet.

Bis zu 50.000 Menschen wurden in diesem Blitzkrieg getötet. Fast eine Millionen Menschen flohen in die Nachbarländer. Nach mittelalterlicher Manier wurde Muammar Ghaddafi in aller Öffentlichkeit ermordet, sein Leichnam wurde ausgestellt. Nachdem sicher gestellt war, dass die Ölvorkommen Libyens weiter von europäischen und US-Firmen ausgebeutet werden können – Katar schickte den ersten Ölfrachter nach Bengasi – folgte – nach Parlamentswahlen – ein Machtkampf, der bis heute anhält. Milizen geben ihre Waffen nicht ab und haben – wie Warlords – eigenes Terrain abgesteckt.

## *Und Syrien?*

Syrien ist mit keinem der nordafrikanischen Staaten zu vergleichen. Nach mehr als 40 Jahren autokratischer Herrschaft der Baath-Partei und eines repressiven Regimes von Sicherheits- und Geheimdiensten waren politische Oppositionsgruppen und die Zivilgesellschaft schwach entwickelt. Dennoch gelang es - nach dem, was Mitte März den Schulkindern und ihren Eltern in Dera'a angetan worden war - eine Protestbewegung zu organisieren. Sie blieb zwar mehrheitlich für lange Zeit friedlich, doch gab es von Anfang an bewaffnete Gruppen, die die Proteste für eigene Zwecke nutzten. Die Sicherheitskräfte schlugen zurück - andere sagen, sie begannen mit der Gewalt - die Eskalation war vorprogrammiert.

Die Forderungen der gewaltfreien Demonstranten waren moderat. „Respekt und Freiheit“, wirtschaftliche Teilhabe, Aufhebung des Ausnahmezustandes standen im Zentrum. Doch nicht die innersyrische Opposition - die sich auf einer Konferenz Ende Juni auf gemeinsame Forderungen und ein Vorgehen geeinigt hatte - führte den politischen Prozess. Sie wurden denunziert und bedroht von Oppositionellen aus dem Ausland, allen voran von Vertretern der Syrischen Muslim Bruderschaft. Die gründeten mit Hilfe der Türkei und der USA Ende Juli 2011 die „Freie Syrische Armee“, die sich den „Sturz des Regimes“ auf die Fahnen schrieb. Einen Monat später gründeten sie in Istanbul den „Syrischen Nationalrat“. Keine der Forderungen der innersyrischen Opposition wurden von diesen Gruppen respektiert. Keine von der Regierung eingeleitete Reform wurde akzeptiert, das Angebot eines nationalen Dialogs abgelehnt. Bestärkt wurden diese Auslandskräfte von regionalen und internationalen Machtblöcken, die sich zur Durchsetzung ihrer Interessen zu den „Freunden Syriens“ zusammenschlossen.

Wie in Libyen - eigentlich noch stärker - ergriffen die Medien Partei für diese Auslandsopposition. Der syrische Präsident Bashar al-Assad wurde dämonisiert, ihm wurde ein Ende wie Muammar Ghaddafi angedroht. Jede politische Initiative zur

Vermittlung – durch Kofi Annan oder aktuell Lakhdar Brahimi – wurde niedergemacht.

Unterstützt wurde diese Linie von einem unübersichtlichen Gemisch nicht-staatlicher Akteure, Menschenrechts- und Nichtregierungsorganisationen. Sie geben sich als Zivilgesellschaft und Aktivisten aus, als „Bürgerjournalisten“, doch ihre Standorte, ihre Quellen und ihre Informationen sind so gut wie nie überprüfbar. Sie schmuggeln Geld, Medikamente, Satellitenkommunikation, Laptops und Telefone ebenso nach Syrien wie Journalisten, Ärzte ohne Grenzen und Fact Finding Missionen von Amnesty International. Sie sind durchsetzt mit Geheimdienstagenten, was insbesondere bei der Organisation „Avaaz“ auch öffentlich wurde. Nichts haben diese Organisationen für eine friedliche Lösung, einen Dialog beigetragen. Ob gewollt oder nicht - sie wurden die Wasserträger bewaffneter Aufständischer und für den Ruf nach militärischer Intervention.

Fast zwei Jahre nach dem „Arabischen Frühling“ in Tunesien und Ägypten tobt in Syrien Krieg. Bewaffnete Aufständische unterschiedlicher Couleur, Gotteskrieger aus aller Herren Länder und Al Khaida kämpfen gegen Armee- und Sicherheitskräfte. Die Bevölkerung versucht vor den Kämpfen zu fliehen. Nach Jordanien, Libanon, Türkei und in den Irak. Die meisten sind innerhalb Syriens vertrieben.

Der innersyrische Konflikt ist längst auf einer regionalen und internationalen Ebene angekommen. Die Lösung ist den Syrern aus den Händen genommen.

Ehemalige Partnerstaaten Syriens haben sich um 180 Grad gedreht. Die Türkei und die Golfmonarchien, noch vor zwei Jahren fast auf Du und Du mit dem syrischen Präsidenten, liefern Geld und Waffen, die Türkei lässt Kämpfer ungehindert nach Syrien einmarschieren. Die Golfstaaten, die USA und Europa haben ihre Botschaften geschlossen und verweigern jedes Gespräch. Investitionen und alle bilateralen Projekte mit Syrien wurden gestoppt. Einseitig unterstützt Europa den Syrischen



Nationalrat und die neu gegründete „Nationale Koalition“. Offiziere der Steuerungsgruppe der „Freunde Syriens“ helfen den bewaffneten Aufständischen bei der Neustrukturierung und besseren Durchschlagskraft ihrer Kampfverbände.

Vom Westen und den Golfstaaten unterstützte irreguläre Truppen kämpfen gegen einen Staat, der aus politischen Gründen beseitigt werden soll. Es geht nicht um Menschenrechte und Freiheit, es geht nicht darum, dass es den Syrern besser gehen soll. Es geht um politische und geostrategische Interessen.

Syrien als Verbündeter des Irans und Russlands behindert die westlichen Interessen in der Region. Wie schon vor einhundert Jahren geht es um die Rohstoffquellen von Öl, Gas und Wasser, es geht um deren Transportwege und – wie bei jedem Konflikt in dieser Region – um die Absicherung Israels.

Die sunnitischen Herrscher der Golfmonarchien bekämpfen das säkular verfasste Syrien als Verbündeten des Iran, des palästinensischen Widerstandes und der Hisbollah. Für die Golfmonarchien ist Syrien der Widersacher im Wettstreit um die Vormachtstellung in der Region. Dafür wird im Internet zum „Heiligen Krieg gegen die Ungläubigen in Syrien“ aufgerufen. Dafür wird Gotteskriegern und Dschihadisten aus aller Herren Länder freier Zugang zu Syrien gewährt. Waffen und Geld gibt es noch obendrein, egal, ob es 100.000 oder 200.000 Tote kostet, wie es ein radikaler Prediger in Saudi Arabien formulierte.

Niemand weiß, wie viele Tote der Krieg in Syrien bisher gekostet hat. Seriöse Zahlen – das sagen internationale humanitäre Organisationen in Damaskus – gibt es nicht. Die Zahlen, die von UN-Organisationen verbreitet werden – unter Berufung auf oppositionelle Aktivisten – schwanken zwischen 20.000 und 40.000. Ob die 20.000 Toten, auf die politische Beobachter in Syrien allein die Opfer bei Armee und Sicherheitskräften, Polizei und Grenzbeamten und Mitarbeitern aus Ministerien und staatlichen Einrichtungen schätzen, in den UNO-Zahlen enthalten sind, ist unklar.

Haytham Manna vom Nationalen Koordinationsrat für Demokratischen Wandel sagte in einem Gespräch, die bewaffneten Kämpfer, Hunderte ausländischer, islamistischer Söldner hätten die „syrische Revolution getötet“. Es sei ein Fehler der Opposition gewesen, sich von diesen Leuten nicht zu distanzieren. „Wir haben mit zwei Worten angefangen: Freiheit und Würde“, so Manna. „Heute heißt es nur noch: Sprich mir nach: Allah u’Akhbar, Allah ist groß“.

Wen also soll man anklagen, wen zur Rechenschaft ziehen für die Zerstörung von Libyen und Syrien? Wer waren die Demonstranten und was wollten sie? Wer trägt die Verantwortung für die Gewalt und das Morden? Wem nutzt es und wer sind die Akteure?

### *Keine einfachen Erklärungen*

Weder für Libyen noch für Syrien gibt es eine einfache Erklärung. Beide Länder wurden lange Jahre kolonialisiert vom Osmanischen Reich, von europäischen Staaten. Es sind vielfältige, reichhaltige Gesellschaften aus Stämmen, Religions- und Volksgruppen – auch wenn Syrien weit moderner und fortschrittlicher einzustufen ist, als Libyen. Wer also trägt die Verantwortung dafür, dass diese Gesellschaften zerstört werden und Freiheit und Demokratie sich nicht einstellen wollen?

- Verantwortlich sind die Eliten aus Politik und Militär, die viele Fehler machten und auf Gewalt, statt auf Dialog und Veränderung setzten.
- Verantwortlich sind politische Akteure der Opposition, die – anders als in Tunesien und Ägypten – ihrerseits den Dialog ablehnten und Gewalt aus den eigenen Reihen nicht verhinderten, sondern sogar förderten.
- Verantwortlich sind regionale Machthaber, die Krieg statt Vermittlung finanzieren. Insbesondere Katar und Saudi Arabien, die mit der Muslim Bruderschaft und den Salafisten ihren Machtbereich ausweiten wollen.

- Verantwortlich sind die Großmächte USA und Russland, die um Einfluss in der Region kämpfen.
- Verantwortlich ist die USA mit ihrem irrsinnigen Anspruch, einzige Weltmacht zu sein.
- Verantwortlich ist die NATO, die sich als einziges Militärbündnis weltweit durchsetzen will.
- Verantwortlich ist die EU, ist Deutschland, die jeglicher Diplomatie eine Absage erteilt und mit einseitiger Parteinahme und menschenverachtender Sanktionspolitik gegen das Entwicklungsland Syrien die Lage eskaliert haben.
- Verantwortlich sind die Medien, die sich in beschämender Weise als Werkzeuge für Propaganda und Krieg haben benutzen lassen.
- Verantwortlich ist eine Kette historischer Fehlentscheidungen und politischem Hochmut gegenüber einer Region, der Europa seine Zivilisation verdankt, die aber seit einhundert Jahren von eben diesem Europa zerstückelt und bevormundet wird: mit dem Sykes-Picot-Abkommen, der Balfour Erklärung und einer Aufteilung nach Interessenssphären, ohne dass man die Völker, die dort seit Jahrtausenden gelebt und das Land kultiviert haben, jemals gefragt hätte.
- Verantwortlich sind auch wir – Friedensbewegte, Internationalisten, Menschenrechtsaktivisten und politische Akteure im Parlament und außerhalb. Wir haben uns für die Arabische Welt nicht interessiert. Wir wissen nichts über deren Geschichte, über ihre kulturelle und politische Struktur, ihre Ideen und Vorstellungen.

*Warum gab es keine Massenkundgebungen gegen die Kriege in Libyen und Syrien?*

*Wie ist es möglich, dass Gruppen, die „Frieden“ in ihrem Namen tragen, landauf landab für einen Kampf in Syrien werben, der nichts mit Emanzipation oder Befreiung zu tun hat?*

Sind wir tatsächlich angekommen in der Orwell'schen Welt von 1984, wo man „Frieden“ sagt und „Krieg“ meint? Wo man zwischen Freund und Feind nicht mehr unterschieden kann und nur noch Misstrauen geschürt wird? Das fragte mich ein Freund in Syrien, der in den letzten Monaten das Buch „1984“ drei Mal gelesen hat, um zu verstehen, was in seiner Heimat geschieht.

Lassen Sie mich schließen mit einem Gedanken von Youssef Courbage, einem Soziologen, der – etwas gelassener als ich – die Geschehnisse als Phase der menschlichen Entwicklung einstuft. Er ist überzeugt, dass die Emanzipation der arabischen Völker nicht aufzuhalten ist. „Wenn die Revolutionäre in Frankreich 1789 über alles das hätten nachdenken müssen, was sich in dem Jahrhundert nach der Französischen Revolution ereignet hat, hätten sie möglicherweise Louis XVI nicht geköpft, sondern hätten ihn auf dem Thron gelassen“, meint er. „Wenn sie gewusst hätten, dass es das Terrorregime geben würde, dann die Restauration, dann die zwei Napoleons und dann die Legitimisten. Die Französische Revolution hat erst 100 Jahre später Gestalt angenommen, erst nach dem Französisch-Deutschen Krieg 1871. All das kann man nicht voraussehen.“ Als Soziologe wisse er, dass die Entwicklungen in der Arabischen Welt unausweichlich seien. „Es wird noch eine ordentliche Berg- und Talfahrt geben, bevor sich die Lage stabilisiert und ein demokratisches System erreicht wird, von dem wir – hier in Europa – ja auch noch träumen.“

Also strengen wir uns an! Mehr als bisher und in jedem Bereich, um der Militarisierung der menschlichen Entwicklung, um der Bevormundung und Manipulation unseres Lebens und Denkens, um der Zerstörung friedlicher Perspektiven Einhalt zu gebieten!

## Exilregierung gebildet

*Syriens »Nationale Koalition« wählt in Istanbul US-Bürger zum »Ministerpräsidenten«*

Die »Nationale Koalition für die Kräfte von Opposition und Revolution in Syrien« hat sich am Montag nach einer 14stündigen Diskussion in einem Hotel in Istanbul einen Ministerpräsidenten gewählt. Die Wahl fiel auf Ghassan Hitto, einen 50jährigen Manager und IT-Fachmann. Hitto ist in den USA aufgewachsen, wo er Mathematik und Computerwissenschaften studierte. Er ist US-amerikanischer Staatsbürger und »neigt dem Islam zu« heißt es in verschiedenen Porträts. Hitto war mehr als zehn Jahre Direktor der »Brighter Horizons Akademie« in Texas, nach eigenen Angaben eine »Bildungseinrichtung zur Förderung eines islamfreundlichen Klimas«. Hitto gründete die Koalition für ein Freies Syrien und wurde 2012 Vorstandsmitglied im Syrisch-Amerikanischen Rat.

Der in Damaskus geborene Hitto hatte seit Gründung der Nationalen Koalition im November 2012 die humanitäre Hilfe für die Organisation koordiniert. Dafür war er mit seiner Familie in die Türkei übergesiedelt, wo er die Verteilung der humanitären Hilfe leitete. Hitto hat gute Beziehungen in die Golfstaaten, die die Arbeit der Nationalen Koalition finanzieren.

Außer Hitto kandidierte noch Asaad Mustafa, der unter dem früheren syrischen Präsidenten Hafiz Al-Assad Landwirtschaftsminister war. Zwei andere Personen hatten ihre Kandidatur zurückgezogen, daraufhin verließen etliche Personen die Sitzung. Hitto erhielt schließlich 35 von 49 abgegebenen Stimmen, 20 Personen enthielten sich. Ein Sprecher der Koalition teilte mit, es handele sich bei Hitto um einen »Konsenskandidaten«, der sowohl die Unterstützung der Islamisten als auch der Liberalen in der Koalition habe.

Nach seiner Wahl erklärte Hitto, er werde zügig die Regierung bilden und das Programm zusammenstellen. Die Regierung soll ihre Arbeit in den von Aufständischen »befreiten Gebieten« in Syrien aufnehmen. Hitto ist gegen Verhandlungen mit der syri-

schen Regierung, wie es in der Genfer Vereinbarung vorgesehen ist. Vom Westen fordert er Waffen und finanzielle Unterstützung.

Bundesaußenminister Guido Westerwelle begrüßte die Wahl Hittos' »als weiteren Schritt zur Einigung und Festigung der syrischen Opposition«. Hitto sei ein »Fachmann«, was »Fortschritte beim Wiederaufbau« verspreche, hieß es in einer Erklärung des Auswärtigen Amtes am Dienstag. »Deutschland unterstützt die Anstrengungen, um die Lage der Menschen dort zu verbessern.«

Zweimal war der Termin zur Bildung einer Exilregierung verschoben worden, weil der Vorgang innerhalb der Koalition umstritten ist. Prominentester Kritiker war der Präsident des Bündnisses, Mouaz Al-Khatib, der sich Ende Januar bereit erklärt hatte, mit Vertretern der syrischen Regierung Verhandlungen aufzunehmen. Al-Khatib hatte seine Ablehnung gegenüber der Bildung einer Exilregierung damit erklärt, dass der Schritt zu einer Spaltung Syriens führen könnte. Er sei zur Bildung einer Übergangsregierung bereit, wie es die Genfer Vereinbarung vorsieht. Innerhalb der Koalition war Al-Khatib dafür massiv kritisiert worden. Bereits vereinbarte Gespräche in Moskau musste er unter internem Druck absagen.

Nun war aber offenbar der Druck der Geldgeber der Koalition in den Golfstaaten auch für Al-Khatib zu groß geworden. Arabischen und UN-Quellen zufolge will vor allem Katar die Genfer Vereinbarung verhindern und drängt auf die Bildung einer Exilregierung, die den Sitz Syriens in der Arabischen Liga übernehmen soll. Diese tagt zum nächsten Mal am 26. März in im katarischen Doha.

Der Oberkommandierende des Obersten Militärrates der »Freien Syrischen Armee«, General Selim Idriss, erklärte die Unterstützung seiner Truppen und fügte hinzu, man werde »unter dem Schirm dieser Regierung arbeiten«. Idriss appellierte erneut an den Westen, die Aufständischen mit mehr Waffen aus-

zurüsten. Er garantiere dafür, dass »diese Waffen nicht in die falschen Hände fallen«.

Frankreich und Großbritannien könnten bei der EU-Außenministerkonferenz in Dublin am kommenden Freitag die Aufhebung des EU-Waffenembargos beantragen. US-Präsident und Friedensnobelpreisträger Barack Obama ließ durch Außenminister Kerry mitteilen, die USA werde sich niemandem in den Weg stellen, der Waffen liefern will. »Egal ob es Frankreich, Großbritannien oder andere« Staaten seien.

### **Offene Drohung mit Intervention**

Die Truppen der NATO sind laut ihrem Obersten Befehlshaber für Europa, US-Admiral James Stavridis, bereit, in Syrien eine Militäroperation nach dem libyschen Muster durchzuführen, sollte dies befohlen werden. Das berichtete die Zeitung für die US-Streitkräfte Stars and Stripes am Dienstag. Stavridis hatte demnach am Tag zuvor in Washington bei Anhörungen im Kongressausschuss für die US-Armee erklärt, dass eine aggressive Haltung der USA und ihrer Verbündeten den Stillstand im vom Krieg zerrütteten Syrien beenden könnte. Die Zeitung zitierte ihn wörtlich: »Meine persönliche Auffassung ist, dass dies hilfreich wäre, um die Blockierung aufzubrechen und das Regime zu stürzen.« Auf Nachfrage des republikanischen Senators John McCain, selbst ein Befürworter eines schärferen Kurses gegen Syrien, antwortete Stavridis: »Wir prüfen eine große Auswahl von Operationen und sind darauf vorbereitet, falls aufgefordert, uns so einzumischen wie dies in Libyen der Fall war.«

Stavridis erklärte außerdem, die in der Türkei kürzlich stationierten »Patriot«-Raketen seien, falls dazu befohlen, auch in der Lage, Kampfflugzeuge Syriens im Luftraum des Landes abzuschießen. Auf die Frage, ob solch ein Schritt zur Abschreckung syrischer Angriffe auf Positionen der Aufständischen dienen könne, meinte der Admiral: »Ich denke, immer wenn ein Flug-

zeug abgeschossen wird, ist das eine mächtige Abschreckungsmaßnahme. «

Die russische Nachrichtenagentur Ria-Nowosti zitierte am Mittwoch aus den Anhörungen eine weitere Äußerung von Stavridis: »Wie wir wissen, verschlechtert sich die Situation in Syrien ständig. Es wurden 70000 Menschen getötet. Eine Million Menschen waren gezwungen, das Land zu verlassen. Etwa 2,5 Millionen Menschen wurden obdachlos. Vorläufig ist kein Ende des grausamen Bürgerkrieges zu sehen. Die Allianz nimmt daher folgende Position ein: Auf dasselbe Vorgehen zurückzugreifen wie im Libyen-Konflikt.« Der Kommandeur wies darauf hin, daß dem Libyen-Krieg eine Resolution des UN-Sicherheitsrates, ein regionales Abkommen und ein Abkommen zwischen den 28 Ländern der Allianz vorangegangen waren.

Der UN-Sicherheitsrat hatte am 17. März 2011 einen militärischen Eingriff in den Libyen-Konflikt unter dem Vorwand des Schutzes der Bevölkerung gegen die Handlungen der Behörden genehmigt. Die NATO nutzte die Gelegenheit, um Aufständischen Luftunterstützung im Kampf gegen Regierungstruppen zu leisten. Bei den Kämpfen kam nach Angaben der Vereinten Nationen über 60000 Menschen ums Leben. Die neue libysche Regierung spricht von etwa 10000 Toten

## **Schlagabtausch**

### *Debatte in UN: Angeblicher Einsatz von Chemiewaffen als Kriegsvorwand*

Die Vereinten Nationen werden einen möglichen Einsatz chemischer Waffen in Syrien untersuchen. UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon teilte in New York mit, die Untersuchung solle so rasch wie möglich beginnen. Zuvor hatte sich der UN-Sicherheitsrat mit dem Antrag der syrischen Regierung befasst, die die Untersuchung des Angriffes gefordert hatte. Während der Debatte kam es zu einem scharfen Schlagabtausch zwischen dem russischen UN-Botschafter Witali Churkin und den Vertretern der westlichen Vetomächte, die – wie oppositionelle Quel-



len – die syrische Armee des Einsatzes chemischer Waffen beschuldigen. Churkin sagte, er traue den Aufständischen durchaus zu, einen Angriff mit Chemiewaffen so aussehen zu lassen, als sei er von der syrischen Regierung verübt worden. Die Aufständischen wüssten genau, dass der Einsatz von Chemiewaffen ein internationales Eingreifen auslöse. Diese Maßnahme nach dem Vorbild der internationalen Invasion in Libyen fordern Teile der Opposition seit fast zwei Jahren.

Der Verweis auf die UN-Waffeninspektoren, die angebliche Massenvernichtungswaffen im Irak ausfindig machen sollten, kommt zum richtigen Zeitpunkt. Am 19. März veröffentlichte das Nationale Sicherheitsarchiv in den USA bisher geheim gehaltene Dokumente, die Aufschluss darüber geben, wie das Pentagon schon Ende 2001 Vorwände für den Krieg gegen Irak suchte. Besonders kreativ zeigte sich dabei der damalige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, der seine Mitarbeiter mit unzähligen Notizen (»Schneeflocken«) animierte, immer neue Szenarien für einen Kriegsgrund zu entwerfen. Zum Beispiel könnte ein irakischer Angriff auf den »Sicheren Hafen« der Kurden im Nordirak provoziert werden, Verbindungen zwischen Saddam Hussein und den Attentätern vom 11. September 2001 könne man »enthüllen«, eine Verbindung des Irak zu Antrax-Attacken könne hergestellt werden, die in den USA damals stattfanden. Oder man könne UN-Inspektionen für ein (angebliches) Programm für Massenvernichtungswaffen fordern. »Fangen Sie an, darüber nachzudenken, welche Forderungen die Inspektionen stellen sollen«, fordert Rumsfeld. Einige Notizen, die noch »radikalere Ideen« beinhalteten, wurden von der Veröffentlichung ausgenommen.

## Krieg und Hilfe

*Die Finanziere humanitärer Unterstützung in Syrien und von Waffen für Aufständische sind ein und dieselben. Heute treffen sie sich wieder in Berlin*

Am heutigen Montag trifft sich in Berlin erneut die Arbeitsgruppe »Wirtschaftlicher Wiederaufbau und Entwicklung« der »Freunde Syriens«. Eine Sprecherin des Außenministeriums wollte auf jW-Anfrage den Termin zwar nicht bestätigen, räumte aber ein, dass »sich zu Syrien immer wieder Arbeitsgruppen treffen« würden. Arabische Quellen, bekräftigten derweil gegenüber jW, dass heute über den Wiederaufbau Syriens (nach dem Sturz von Präsident Assad) in Berlin diskutiert wird.

Das Treffen wird vermutlich von dem von Deutschland und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) getragenen »wirtschaftlichen Wiederaufbaubüro« ausgerichtet, einem Gremium der »Freunde Syriens«, das eng mit dem »Syrischen Wirtschaftsforum« syrischer und anderer Geschäftsleute und dem Syrischen Nationalrat kooperiert. Nach Ansicht der Autoren der Studie »Vom Aufstand zum Krieg in Syrien« (Bertelsmann Stiftung) sollte dieses Büro »dringend politisch dynamisiert und personell aufgestockt werden«.

### Spaltung des Landes

Wirtschafts- und Finanzsanktionen, die die EU über Syrien verhängt hat, sollen nach Ansicht von Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) so gelockert werden, dass der Wiederaufbau in den von ihr kontrollierten Gebieten erleichtert werde. Das erklärte Westerwelle nach dem Treffen der EU-Außenminister am 22. März in Dublin. Die syrische Opposition müsse »auf jede verantwortbare Weise« gestärkt werden. »Infrastruktur, Wasser, Elektrizität, Gesundheitsversorgung – das ist etwas, was wir nicht aus dem Fokus verlieren dürfen«, so Westerwelle. Darum dürfte es auch jetzt gehen.

Das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit haben bisher 118 Millionen Euro Hilfgelder an internationale, deutsche und syrische (oppositi-

onelle) Hilfsorganisationen überwiesen. Zwar werden mit dem Geld auch die Vereinten Nationen und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz unterstützt, die sich an das humanitäre Völkerrecht halten und gemäß einer Vereinbarung mit der syrischen Regierung im Land arbeiten. Die Finanzierung von Projekten privater »Nichtregierungs«-Organisationen (NGOs), die mit den Aufständischen in Syrien in umkämpften (»befreiten«) Gebieten kooperieren, widerspricht aber dem humanitären Völkerrecht und trägt zu einer Spaltung des Landes bei. Diplomatische Initiativen der Bundesregierung für eine friedliche Lösung durch Verhandlungen bleiben ohnehin aus.

Bei einer Veranstaltung der Union der syrischen Studenten und Akademiker e.V. (USSA) zum zweiten Jahrestag der »Syrischen Revolution« diskutierten am 22. März Vertreter der Bundesregierung mit Vertretern von deutschen und syrischen NGOs und der Opposition darüber, wie die humanitäre Hilfe verstärkt werden kann. Der persönliche Beauftragte Westerwelles für die arabische Welt, Volkmar Wenzel, teilte dabei das Podium mit dem Botschafter der Nationalen Koalition (Paris) und dem stellvertretenden Vorsitzenden der syrischen Muslim-Bruderschaft. Beide Organisationen verweigern die Bildung einer Übergangsregierung nach dem von den Vereinten Nationen ausgehandelten Genfer Abkommen und fordern mehr Waffen für ihre Kämpfer. Humanitäre Hilfe verschafft dieser Strategie wichtige Rückendeckung.

NGOs wie »Ärzte ohne Grenzen« und »Grünhelme« plädieren seit langem für die Schaffung von »humanitären Korridoren«, um die Hilfe für die von den Aufständischen »befreiten Gebiete« auszuweiten. Dafür plädieren auch die Autoren der erwähnten Bertelsmann-Studie, in der es zum Thema »humanitäre Hilfe« heißt: »Um die notleidende Bevölkerung innerhalb Syriens zu erreichen, bedarf es kreativer und unbürokratischer Lösungen.« Die »befreiten Gebiete« sollten besonders unterstützt werden, da »staatliche Dienstleistungen dort nicht mehr funktionieren und Oppositionelle mit der Versorgung der Bevölkerung überfordert sind«. Infrastruktur müsse »zügig wie-

deraufgebaut werden, vor allem Krankenhäuser und Schulen.« Geberländer sollten dabei »mit NGOs zusammenarbeiten, die sich bereits in Syrien engagieren«. Genannt werden »Ärzte ohne Grenzen«, Grünhelme e.V. und syrische Hilfsvereine im Exil.

### **Humanitäre Intervention**

Um die hier beschriebene humanitäre Intervention könnte es auch heute in Berlin gehen. Nicht nur Agenten ausländischer Geheimdienste und Kämpfer betreten ein souveränes Land illegal, private Hilfsorganisationen sollen ihnen den Rücken stärken. Wie eng Hilfe und Krieg verknüpft sind, beschrieb ein französischer Arzt der Organisation »Ärzte ohne Grenzen« dem britischen Guardian Anfang 2012. Damals wurde Jacques Bérès aus dem Libanon mit einem Transport der Aufständischen nach Baba Amr gebracht, einem heftig umkämpften Vorort der Stadt Homs. Mit ihm und seiner medizinischen Ausrüstung waren in dem Fahrzeug auch zwei Dutzend Raketenwerfer verstaut, sagte der Arzt und räumte ein, dass es für Hilfspersonal verboten ist, mit Waffen zu reisen. Bei einem späteren Einsatz in Aleppo (September 2012) sagte Bérès, die Hälfte der Kämpfer, die er versorgen würde, seien ausländische Gotteskrieger.

Humanitäre Hilfe für Syrien nimmt den gleichen Weg wie Waffen und Kämpfer. Dass die Finanziere dafür und für den Wiederaufbau »befreiter Gebiete« dieselben sind, zeigt sich an dem Teilnehmerkreis der »Arbeitsgruppe Wiederaufbau«. Bei einem früheren Treffen am 4. September 2012 in Berlin hatten Vertreter von 64 Staaten und sieben internationalen Organisationen teilgenommen, darunter die Arabische Liga, die EU und der Golfkooperationsrat. Die finanziellen Schwergewichte des Golfkooperationsrates – Katar und Saudi Arabien – lieferten seit Anfang 2012 nach Recherchen der New York Times mindestens 3500 Tonnen Waffen an die Aufständischen.